

Weltmarkt

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mitteleuropa

Die „Weltmarkt“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis durch den Postweg beträgt 1.60 Goldmark, durch Postboten zum Bestenpreis 1.40 Goldmark, durch die Post 1.25 Goldmark u. 40 Goldmark für die Zeitungsannahme. Die Zeitungen werden nach Solms-Laubach berechnet, die Zeitungen 0.25 Goldmark.

Neues in Kürze.

Drahttelegramme und Radiotelegramme.

Die nationalsozialistische Reichsstaatsrat hat in ihrer getriggerten Präsidialverordnung den Abgang des Reichsstaatsrats durch den Abgang des Reichsstaatsrats erfahren, hat Oberlandesgerichtsrat Köhner am 5. Januar eine Strafe angetreten.

Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, hat Oberlandesgerichtsrat Köhner am 5. Januar eine Strafe angetreten. Gestern begann in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Reichsstaatsrats Setzner ein auf drei Tage berechneter Verwaltungsverfahren gegen 16 Kommunisten, die zuletzt aus Kassel kamen. Die Anklage wird ihnen vor, im Herbst 1923 Verfassungsverstöße vorgenommen, Kampfrufen geschickt und die Zerstückelung der Reichsmehr versucht zu haben.

Nach einer Meldung der Russischen Telegramm-Agentur wandte sich das Volkstribunal für Arbeiter mit einem Brief an den Ministerpräsidenten. In dem Brief wird darauf hingewiesen, daß die von Fletner erfindenen Windturbinen in der Landwirtschaft der Sowjetunion große Verwendung finden können. Das Volkstribunal für Arbeiter bittet Fletner um genaue Informationen über seine Erfindung und garantiert ihm den Schutz der Urheberrechte.

Nach einer Meldung des in Belgien erscheinenden Blattes „Revue“ ist in dem Bezirk des obersten Richters der französischen Bauernpartei Stephan Radisch ein angeklagt mit der ungarischen Regierung im Jahre 1923 abgeschlossener Vertrag vorgebracht worden, worin Radisch für die Konventionen zwischen dem jugoslawischen Staat große territoriale Konzessionen in der Wojwodina an die ungarische Regierung in Aussicht gestellt hätte. Von ungarischer Seite werden alle Bedingungen zu Radisch energisch dementiert. Ebenso dementiert — allerdings weniger glaubhaft — die Sowjetregierung den von der jugoslawischen Presse veröffentlichten Vertrag der Radischpartei mit Jugoslawien als Fälschung.

Wie „Petit Parisien“ aus Strassburg berichtet, hat sich dort eine Liga gegen die deutsche Kultur und den deutschen Gedanken in Eläß-Lothringen gebildet. Es soll mit allen gleichschicklichen Mitteln gegen alles angeklagt werden, was geeignet ist, den deutschen Geist zu fördern, und andererseits alles unterdrückt werden, um die Kenntnis der französischen Sprache zu fördern.

Hans berichtet aus Strassburg, daß der Reichstag Hellmut von Gerlach gestern Abend dort eine Rede in französischer Sprache über die Zukunft der deutschen Demokratie gehalten hat, in deren Verlauf er die reichsweite Veröffentlichung des Berichts der interalliierten Militärkontrollkommission forderte.

Das französische Kriegsgericht in Nancy hat den deutschen Leutnant Eberlein vorerst 120 Inhaftierungstermine in contumacia zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Aufenthaltssperre verurteilt wegen angeblicher Grausamkeiten, die er am 17. August 1914 begangen haben soll. Leutnant Eberlein soll diese Taten selbst am 7. Oktober 1914 in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gelehrt haben.

Ein Londoner Telegramm des „Petit Parisien“ besagt, daß der amerikanische Demagoge Republik, der in Plymouth eingetroffen ist, 82 Personen an Bord hatte, die von der amerikanischen Polizei aus verschiedenen Gründen, besonders wegen kommunistischer und anarchischer Propaganda, aus Amerika ausgewiesen worden sind. Es handelt sich um 33 Engländer, 22 Deutsche und 7 Franzosen.

Ministerpräsident Thieme hat vor seiner Abreise nach Paris einem Vertreter der „Nation Releve“ erklärt, daß die auf der Finanzministerkonferenz zu behandelnden Fragen beider Natur seien und daß eine Einigung nicht leicht zu verwirklichen sein werde, denn schon die mit den Werarbeiten betrauten Finanzautoritäten hätten sich nicht über ein Kompromiß einigen können.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien wies am 29. Dezember eine Zunahme um 10.000 gegenüber der Vorwoche auf.

Wie Reuters aus Delhi meldet, ist der englische Botschafter für das Kantonen Sir Cecil Brander dort eingetroffen und verhandelt mit der indischen Regierung über eine geeignete Aufstellung für Indien.

Die deutsche Antwort auf die Räumungsnote.

In der deutschen Antwort auf die Räumungs- und Entnahmungsnote der Alliierten heißt es: Die für lange Jahre vorgesehene Festlegung großer deutscher Gebiete durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte sind kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden. Man nehme dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch gegebenen Lage nur im Zweifel sein. Sie haben dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert.

Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verletzungen in der Entwaffnungsfrage. Sie beschließen, nur dann in Betracht genommen werden, wenn deutsche Verletzungen vorliegen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte einer Verlängerung der Besetzung entspricht. Für die lokale Handhabung internationaler Verträge ist es elementares Gebot, daß zwischen der Erfüllung einzelner Punkte und der daraus zu ziehenden Folgerung kein offenes Verhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann im vorliegenden Falle unter keinen Umständen die Rede sein. Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Punkte einmündig, das es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unabweislichen Tatsachen kann aus Einzelteilen der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befugnis zu einer Verletzungsmahne gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angeklagt worden ist.

Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, so muß nicht nur auf die deutsche, sondern auf den Vertrag, der, wie der Versailler Vertrag, feststeht, geachtet werden.

Der Sozialist Löbe Reichstagspräsident.

In der getriggerten Reichstagsstimmung wurde im ersten Wahlgang mit 231 von 447 abgegebenen Stimmen der Sozialdemokrat Löbe zum Reichstagspräsidenten gewählt. Waltraff (deutschl.) erhielt 112, v. Kardoff (Volkspartei) 51 Stimmen. Löbe nahm die Wahl an. Dann folgte die Wahl des Vizepräsidenten durch Jettel. Der Deutsche nationale Graefe (Thüringen) erhielt 247, Dr. Hell (Demokrat) 111 Stimmen, Graefe war demnach gewählt. Als zweiter und dritter Vizepräsident wurden Dr. Hell und Dr. Richter (DVP) durch Jettel gewählt.

Die nächste Reichstagsstimmung findet heute Nachmittag statt.

Trotzdem der Reichstagspräsident im Allgemeinen von der stärksten Partei gestellt wird und dies auch diesmal geschehen ist, wird man immerhin in der Wahl Löbes ein bedeutendes Warnungssignal für die Zukunft sehen müssen. Es fällt damit der Kurs, den die Regierungsbildung nehmen will, gewissermaßen symbolisch angedeutet. Ganzlich ungewöhnlich und leider recht besorgniserregend für die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als Verbündete des Auslandes ist, daß aus der Lage der fremden Diplomaten lebhaftes Befallenfalls laut wurde, als Löbe den Präsidentenposten einnahm.

nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, und der dem einen Teile auf allen Gebieten ungehört haben anfordert, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung föhlicher Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belästigten Teil keineswegs ohne weiteres auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen gefolgert werden. Die alliierten Regierungen bemühen sich, ihrerseits die Voraussetzung für eine föhliche friedliche Verständigung zu schaffen. Die Entwidlung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, hat gezeigt, daß eine föhliche Verständigung im Bereiche der realen Weltkrisen liegt. Nur wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung jenseit der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortführung jener Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt eintreten schmelz Regelung des durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konfliktes zu gelangen.

Genehmigen Sie ujm. 93. Stresemann."

Wie wir hören, vertritt die Deutschnationale Volkspartei den Standpunkt, daß die Nichträumung des Kölner Gebiets den Bruch des Londoner Protokolls, der Folge haben würde, daß auch Deutschland jenseit die Erfüllung des Londoner Abkommens und des Damascener einstelle, die dem Reich gewährten Darlehen zurückzahl u. w.; die mit Angehörigen der alliierten Länder getroffenen Privatabkommen müßten natürlich erfüllt werden. Wäre dem nicht, wie wir erfahren, bereits mehrere, die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich abgeschlossen werden.

Englische Pressestimmen.

Der politische Berichtsfasser des „Daily Chronicle“ schreibt, die Veröffentlichung des Wortlauts der alliierten Note in Deutschland habe in vielen englischen Kreisen ein Gefühl des Unbehagens hervorgerufen. In liberalen Kreisen sei der Eindruck weit verbreitet, daß die ganze Frage verfehrt behandelt worden sei. Mitglieder der Arbeiterpartei seien sich in gleicher Weise unbefriedigt.

„Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß die Bedeutung des alten Generalfalles stets übertrieben worden sei und daß es vielleicht genügen würde, wenn die Deutschen das Wort „Stab“ aus ihrer militärischen Wortschatz ausstrichen. Statt der Übernahme der Regierung durch Dr. Brüning habe übrigens die geheime Refraktierung der Deutschen abgenommen und sei jetzt, jedenfalls überhaupt ohne Bedeutung, Trost geben könnten und sollten die Deutschen die Alliierten durch Veröffentlichung eines Armeebeschlusses, der die Unterdrückung schwerer Strafen verbietet, beruhigen.

Regierungskrisis ohne Ende.

Die Regierungsbildung ist keinen Schritt weiter gekommen. In den Abendstunden begab sich Reichstagsmarschall zum Reichstagspräsidenten, um die Partei ein, wenn auch verbleibendes Kabinett der Mitte nicht unterlassen werde, Bericht zu erstatten.

Im Laufe des getriggerten Tages wurde im Reichstag folgende Möglichkeit zur Bildung der Krise erörtert: Ein Kabinett mit Reichstagsmarschall an der Spitze, das sich parlamentarisch nur auf Zentrum und Demokraten stützen werde, und in dem Minister, also auch Dr. Stresemann, freizubehalten werden. Ministerien und auch die bisher angelegten Ministerien durch die zuständigen Staatssekretäre besetzt werden sollen.

Außerordentlich besorgniserregend für die Regierungsvergangenheit ist das mit großer Bestimmtheit umgehende Gerücht, auf das Graf Helldorf (D. n. S. P.) im Reichstag offen hinwies, daß Reichstagsmarschall und Reichstagspräsident den Reichstag auf unbestimmte Zeit verlassen und auf Grund der §§ 45 und 48 der Reichsverfassung ohne Reichstag weiterregieren wollten.

Wenn die Abgeordneten nicht endlich zu einem Einverständnis kommen, wird irgend eine solche Lösung unermittellich werden. Nur sollte man dann den unfähigen Reichstag endgültig und ganz und gar nach Hause schicken und etwas Besseres erfinden.

Politisches Unternehmertum.

Unternehmertum? — Was ist mit dafür faul? — In dem unheimlichen Jammer und Leiden, das nur zwei Wege zum Erfolg (außer dem der Fiktivisten oder Sportchampions): Zwei Wege zum Erfolg.

Der eine Weg ist der, möglichst viel Geld zu verdienen, sich möglichst viele Betriebe anzuschließen, möglichst viel Arbeiter, Angestellte, Direktoren und Generaldirektoren unter seinen Willen zu zwingen, kurz: solche Bürger aus ihrem eigenen Land zu bauen, bis sie der große Reicher aller Dinge, der Lob, mit einem Welterfolg fertig ist.

Der andere Weg ist noch einfacher, mühsamer und gefährlicher, dabei ausichtsreicher: man wird Politiker. Sagt man statt Politiker: politischer Unternehmer, so wird die innere Verwandtschaft dieser Karriere mit der seines wirtschaftlichen Seitenhüls, des wirtschaftlichen „Unternehmers“ noch augenfälliger. Eines wie das andere ist ein Weg, durch die Nutzung seiner Mitmenschen zum Erfolg über seine Mitmenschen, zur Macht zu kommen.

Gegen die Auswüchse des wirtschaftlichen „Unternehmers“ hat sich ein natürlicher Widerstand herangebildet, der sehr bald zum politischen Instrument heranwuchs: der Sozialismus. Gegen die Auswüchse des politischen Unternehmers wird man dringend bemächtigt etwas ähnliches organisieren zu müssen.

Wirtschaftliche Unternehmertum.

Denn Hand aus Herz, lieber Leser: treiben unsere heutigen politischen Unternehmer nicht noch viel mehr, unerbittlicher Mißbrauch? Nehmen wir nur einmal die währschaftliche Unternehmern, die Abgeordneten. Tak die Leute sich zu diesen Unternehmertum drängen, kann man ihnen ja am Ende nicht überlassen. Denn wie mir neu ist ein alter Diener im Reichstage unter verhältnismäßigem Augenwinkern lagte: „Ach Gott, wollen Sie, so ein schönes selbes Jahresinkommen und Freizeithaben 1. Klasse, ein M. d. R. auf der Willkürliste, überall eine Rolle spielen und beste Gelegenheit zu allen möglichen einträglichen Amts- und Nebenämtern haben und dafür noch der Wahl weiter nichts zu tun haben, als im Reichstag mit dabei zu sein, ohne Notwendigkeit zu positiver Arbeit, — das ist wirklich gar nicht so ohne.“ Der Mann hat recht, lagte ich mir. Das ist wahrhaftig ein bequemes und dabei lohnendes Unternehmen. Und daß es in Wirklichkeit so ist, daß nur einige wenige Abgeordnete wirklich arbeiten, das weiß ja jeder. Selbst die den wenigen aber scheint es vielen auch nicht so sehr darum zu tun zu sein, daß sie wirklich etwas schaffen, wenigstens nicht für den Staat und die Allgemeinheit, von der sie ihr Gehalt — auf parlamentarisches, wählen — bekommen, sondern darum, daß sie nun innerhalb der politischen Unternehmern eine möglichst große Rolle spielen, um Minister oder sonst etwas schönes zu werden. Denn unter uns: wenn das Abgeordnetenamt nicht von den meisten als ein privates Unternehmen, sondern als Dienst am Staat und Volke angesehen würde, wäre es denkbar, daß wir seit über einem Jahr überhaupt keine normale parlamentarische Regierung und jetzt seit 4 Wochen noch keine neue Regierung haben? Die Herren Abgeordneten werden das natürlich nicht sagen (außer den wenigen, die sich wirklich als vom Volke „abgeordnet“ — jawohl! ab—geordnet! — fühlen), denn das ist ihr Geschäftsgeheimnis. Aber so blind und taub sind wir Wähler denn doch nicht, daß wir nicht merken, „was Sache ist“.

Leben und lebenlassen?

Natürlich kann man es sich bequem machen und sagen: „warum soll es schließlich zu den wirtschaftlichen Unternehmern nicht auch politische Unternehmern geben? Leben und lebenlassen!“ Aber das scheint mir denn doch schon mehr als bequem, scheint mir kurzfristig und gefährlich, denn schließlich: daß es ohne wirkliche Politik, ohne Leitung der Gesamternterlen im Gesamtinteresse nicht geht, das ist doch gerade der Grundgedanke des in aller Welt anerkannten Prinzips des Mitscheidens des Volkes. Dann muß aber das Volk auch dafür sorgen, daß dieses Bestimmungsrecht nicht so sehr als Mittel zum Zweck für politische Unternehmern, sondern daß es zur Wahrung und Förderung der Interessen des Volkes dient. Mit anderen Worten: das Volk, die Wähler müssen dafür



Jorgen, daß sie die Kontrolle über die Tätig-
keit der Abgeordneten in der Hand haben, daß
die Abgeordneten nicht auf der einen Seite,
im Rechten, Gehaltsempfänger, Angehörte,
auf der anderen Seite im Leisten, freie Unter-
nehmer für eigene Rechnung sind.

Unternehmerfeindliche Unternehmer?

Wie das zu erreichen ist, will ich jetzt nicht
ausmalen. Aber, es wird nicht auf dem
normalen Wege im Verberungen des
jetzigen, mirlich beschämenden und handfalschen
Zustandes gar nicht möglich, denn die Abge-
ordneten haben alle Macht in den Händen
und werden sich — politische Privatunter-
nehmer, wie sie leider sind — doch nicht selbst
die Gehälter (Diaten) entziehen oder ihre
eigene Zahl herabsetzen. Man wird sicher
nicht schieligen, wenn man annimmt, daß die
über 8000 Mr. Diäten im Jahr für die Mehr-
heit der Abgeordneten, wenn nicht die Grund-
lage ihrer Existenz, so doch ein ganz wesent-
licher Teil davon sind, auf die sie nie und
nimmer verzichten würden. Für die Entzwei-
nung und Bekämpfung der Abgeordneten-
hebung und Bekämpfung der Abgeordneten-
schaft wird sich nie die Mehrheit im Parlament
finden: das siehe an die Unternehmerfeind-
lichkeit der Unternehmer glauben! Deshalb
ist auch all die furchtlich hier wiedergegebenen
Wahlreformvorschlüge angelehener Politiker,
loweit sie eine Beschränkung der Abgeord-
netenzahl vorsehen, müßiges Gerede. Es
hängt auf und zu keinem politischen Unter-
nehmer etwas haben: zu der Reform wird
es mangels Majorität nie kommen.

Unter Kontrolle!

Will man gegen das läppig wuchernde politi-
sche Unternehmertum etwas tun, will man
anstelle der überflüssigen oberen Halb-
tausend — in den Parlamenten wirtschaft-
leistungsfähige, den Gemeininteressen in
strenger Beamtenreue dienende Volkserre-
tungen haben, dann muß man erst einmal dem
jetzigen politischen Unternehmertum das Rück-
grat brechen und auf außerparlamentarischem
Wege die Reformen einführen, die dem Volke
verbringen, daß seine Lebensinteressen nicht zu
politischen Privatweden mißbraucht und bei
diesem Mißbrauch vernachlässigt werden. Zu
diesem Zwecke wäre die vorübergehende Ein-
richtung eines Direktoriums mit ganz genau
bestimmten Aufgaben — wie es hier kürzlich
in einem Aufsatze der Frau v. Oheim ange-
deutet war und fiderlich nicht von ihr allein
vertreten wird — durchaus nicht von der Hand
zu weisen. Wenn wir dadurch z. B. für je 15
Abgeordnete (die jetzt zur Mittelklasse für je
einen Reichstagsauswärtigen berechnen) nur je
einem, also statt 493 Abgeordnete 33 bekämen,
dann würde eine wunderbare politische Ruhe
im Volk eintreten und wir würden sicher
wesentlich fröhlicher, wesentlich schneller und
wesentlich leistungsfähiger und darum verant-
wortungsbewußter als die jetzigen Parlamente
bestimmen als die jetzigen.

Ich will mich auf die fast 33 durchaus
nicht verlassen, ich bin ja nicht Politiker. Aber
das sage ich und halte es fest: So wie jetzt
geht es nicht weiter — mit den jetzigen Parla-
menten lassen sich wirkliche Reformen nicht
durchführen — das unfotroffierte politische
Unternehmertum muß unter Kontrolle! E.

Die fünftägige Nationalversammlung hat einen
Sonderauswärtigen zur Prüfung des Vorstages
der Regierung betrefend die Staatsregie ein-
gestellt. Der Auswärtige forderte die Tabakbauer
und Tabakfabrikanten auf, schriftlich ihre
Anträge darüber einzureichen, um entweder das
Staatsmonopol oder das Banberolenystem zu
unterliegen.

Die Pariser Finanzkonferenz.

Schwierige Verhandlungen.

Im Mittelpunkt des Interesses der englischen
Finanzpresse steht die gestern begonnene Pariser
Finanzkonferenz, die wie „Daily News“ erwähnt,
die 20. alliierte Konferenz seit dem Waffenstill-
stand ist.

Auf der Konferenz sind vertreten außer Frank-
reich die Vereinigten Staaten, Großbritannien,
Italien, Japan, Belgien, Polen, Rumänien, Ser-
bien, die Liechtensteiner, Griechenland und Por-
tugal.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning
Gazette“ bemerkt, die technischen Fragen, die in
Paris der Prüfung unterliegen, seien so ver-
wickelt, daß es nahezu unmöglich sei, sie in ge-
drängter Form darzulegen. Da die Sachverhalte
nicht in der Lage gewesen seien, die ihnen
vorgelegten Fragen zu lösen, werde die Konferenz
zunächst eine Anzahl von Unterabschlüssen er-
nenen. Es werde nicht viel Material zur Erörterung
in der Plenarsitzung vorliegen, bevor die Anstöße
mit ihrer Arbeit fertig seien. Für die große Zahl
der zu lösenden technischen Probleme werde die
Konferenz, wenn es nicht zu einem Abbruch
komme, nicht weniger als 10 Tage benötigen.

Der diplomatische Berichterstatter der „West-
minster Gazette“ sieht in den inoffiziellen Be-
sprechungen über die alliierten Schulden den
eigentlichen Schwerpunkt der Verhandlungen.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning
Post“ schreibt, die allgemeine Auffassung gehe
dahin, daß der Pariser Konferenz stürmische Tage
beschieden seien.

Das offizielle, aber keineswegs wichtigste Pro-
gramm der Konferenz scheint im Wesentlichen nur
die Verteilung der deutschen Reparationszah-
lungen zu umfassen. Dies war wenigstens der Sinn

der Eröffnungsrede des französischen Finanzmin-
isters Clementel. Auf den eigentlichen, tiefsten
Sinn der Konferenz haben wir bereits gestern hin-
gewiesen.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, haben
Frankreich und England eingemittelt, daß für
die Rückzahlung der Anleihen, die während des
Krieges von Belgien zur Deckung der Kriegs-
kosten abgeschlossen wurden, die 5% Milliarden
betragen und deren Rückzahlung Deutschland nach
dem Versailles Vertrag auferlegt wurde, eine
wesentliche Herabsetzung eintreten soll. Die Schuld
soll auf 2% Milliarden Goldmark herabgesetzt
werden, doch 1% Belgien von dem in Spa vor-
gezeichneten Prozentsatz Anteil an den deutschen
Zahlungen einen geringeren Prozentsatz erhal-
ten. Belgien hat sich bereit erklärt, daß dieser
Satz auf 6 Prozent ermäßigt werde, womit die
anderen Alliierten sich jedoch nicht einverstanden
erklärt haben.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Ex-
press“ will wissen, daß Clementel dem britischen
Schatzkanzler das formelle Versprechen gegeben
habe, daß irgendwelche Zahlungen Frankreichs an
Großbritannien zur Höhe haben würden. Der
Pariser Berichterstatter der „Morning Post“
berichtet, in amtlichen Pariser Kreisen sei man über
das Ergebnis des ersten Konferenztages durchaus
befriedigt. Durchfall sei der Meinung, daß die
Regelung der englisch-amerikanischen Streitpunkte
betreffend den Anteil Amerikas an den deutschen
Zahlungen bald erfolgen könnte. Die Stimmung
in den amtlichen amerikanischen Kreisen sei aller-
dings weniger optimistisch.

Die Konferenz des Generalrats des Trade Union-Kongresses.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

Die losen benannte Londoner Konferenz
der englischen Gewerkschaften brachte eine
starke Betonung des Gegensatzes zwischen
Trade Unions und Kommunisten. Schon auf der
letzten Versammlung des Trade Union-
Kongresses wurden weitgehende Beschlüsse
gegen die Kommunisten gefaßt, die zu einer
Verklammerung der „Nationalen Minoritäts-
bewegung“ zusammengetrieben waren, auf
denen inoffiziellen Neben von Tom W.,
Ben Tillet und russischen Freunden gefaßt
wurden. Der offen eingeladene Zweck der
Bewegung ist die Trade Unions in ihrem Zu-
sammenhalt durch Sowjetisierung zu trennen.
Diesmal kam ein neuer Versuch der kommuni-
stischen Minoritätsbewegung zur Sprache.
Sie wollen am 25. Januar eine Sonderver-
sammlung in London abhalten, um die Frage
einer internationalen Einigung der Trade
Unions zu diskutieren. Sie haben aber ihre
Karten zu früh ausgedeckt, denn sie haben be-
reits ein „anglo-russisches Einheits-Komitee“
gegründet zu dem eingeladenen Zweck, die
russischen Unions und die Amsterdamer Inter-
nationale möglichst bald auf einer Konferenz
zusammenzubringen. Der Ausschuss der Mini-
oritäten-Bewegung hatte nun sowohl den
Trade Union-Kongress als die Amsterdamer
Internationale zur Besichtigung der Sonder-
versammlung eingeladen. Sie erklärten: „Die
große treibende Kraft in der heutigen Trade
Union-Bewegung der Welt werden durch die
„Rote Internationale der Arbeiter-Unions,
sowie durch ihre Anhänger, Unterstützer und
die verschiedenen Hilfsorganisationen, die die

von ihr eingeleitete und inspirierte Minori-
täten-Bewegung, gebildet.“

Damit kamen sie aber der Amsterdamer
Internationale, die auch unter dem Namen der
„Internationalistischen Föderation der
Trade Unions“ („I. F. T. U.“) bekannt
ist, gerade recht. Sie sieht ja seit langem mit
Wachstun auf gespaltenen Füßen und hat vor
Wochen, als die Minoritätsbewegung erklärt,
die „zweifelhafte Ehre, die Nationale Minori-
täten-Bewegung zu gründen oder, in anderen
Worten, die Versuche, die britische Trade
Union-Bewegung zu spalten, ist zweifelsohne
auf unsere Moskauer Freunde und ihre Ge-
folgsetzler zurückzuführen, ausgerechnet auf
dieselben Leute, die am lauteften nach einer
„geeigneten Front“ schrien. Die Amsterdamer
Konferenz hatte auf die Einladung hin alle-
nichts Günstigeres zuzunehmen, wie er sich
rechtfertigen konnte. Damit war insolge des Un-
günstigen Minoritätsausgangs gerade das erreicht,
was sie verhindern wollten. Die Einladung
wurde einstimmig abgelehnt und Amsterdamer
empfohlen, das Gleiche zu tun.

Anstatt daß die Delegierten nach Moskau
mit Zuziehen empfangen wurden, wurde nur
beschlössen, ihren Bericht einem Ausschuss zu
übermitteln. Schließlich wurde einstimmig das
vollständige Einverständnis mit einem Schrei-
den der Parlamentarischen Arbeiterpartei aus-
gesprochen, in dem die Trennung einer Kom-
mission zur Untersuchung des Sowjet-Briefes
für Moskau in England!

Französische Angst vor einem Zollkrieg.

Die Pariser „Ere Nouvelle“ fordert die fran-
zösischen Demokraten auf, einen zu unternehmen,
einen Zollkrieg zu vermeiden, der für
französische Industrie ebenso verhängnisvoll wäre
wie für die deutsche Industrie. Habe die deutsche
Delegation nicht die Berechtigung, welche die fran-
zösischen Zollräte für wichtige Artikel anzunehmen,
mehrfach zurückzuführen werden, die nicht ge-
nügt wäre, die schmerzliche Politik der
Lebensversicherung zu verläßlichen die vom nation-
alen Wohl betriebenen werden ist?

Danzig muß polnisch werden!

Der Freistaat Danzig soll mit allen Mitteln
polnisch gemacht werden. Diesmal waren die
Polen auf den Einfall gekommen, in aller Heim-
lichkeit der Stadt plötzlich polnische Briefkästen
in der Stadt Danzig anzubringen. Die Antwort der
Danziger war, daß sie die Briefkästen überlassen.
Großen Protest der Polen wegen „Verletzung der
polnischen Hoheitsgewalt“. Kühle Antwort der
Danziger Regierung: Die Briefkästen seien keine
Veranstaltungen, die Polen kein polnisches
Hoheitsrecht im Freistaat Danzig habe. Die Ver-
letzung ist also höchstens Sachbeschädigung. Darob
tiefe Entrüstung der Popolists.

Die Reichsbank berichtigt.

Die Reichsbank teilt mit:
Im Zusammenhang mit den kürzlich öffentlich
erörterten Krediten der Preussischen Staatsbank
haben einige Zeitungen die Meinung geäußert,
daß auch Kredite der Reichsbank am Londoner
Goldmarkt rüderisiert seien. Diese Meinung
ist in jeder Beziehung unrichtig. Die Reichsbank
hat keine wie immer geartete Rückversicherung
von Krediten vorgenommen. Eine solche würde
auswärtig den Eindruck erwecken, daß die
Banknotenausgabe überlaufen. Im gelamten Par-
teifeld der Reichsbank befinden sich für etwa 100
Tausend Reichsmark Sicherungswescheil, auf denen
neben anderen Verbunden auch Namen aus dem
Konzern eines der vorbestimmten Kreditnehmer
zu befinden. Andere Engagements der Reichsbank
sind mit irgendeinem der Vorbenannten besetzt
nicht.

In der gleichen Zeitungsnotiz wird erwähnt,
daß der Reichsbankpräsident angeblich eine Dis-
kontermäßigung verprochen habe. Die Rede des
Reichsbankpräsidenten anlässlich der fünftägigen
Beratung der Reichsbank, daß der Reichsbank-
präsident die Erörterung einer Herabsetzung des
Bankdiskontsatzes erst dann für aktuell erklärt hat,
insofern es gelungen sein werde, einen Privat-
diskontsatz zu geringen Sätzen als dem offi-
ziellen Bankfuß zu schaffen.

Zum kommenden Freitag sind Vertreter der
Bankwelt in das Reichsfinanzministerium ge-
laden worden. Diese Besprechung soll ausschließ-
lich der Beratung banktechnischer Fragen dienen,
die gegebenenfalls bei einer Umwertung der in
früheren Jahren erworbenen Stücke der Reichsbank-
scheine von Bedeutung werden könnten. Eine
Erklärung in der Aufwertungsfrage ist im
Reichsfinanzministerium bisher nicht gefaßt wor-
den. Auch das Reichsministerium hat bisher
keine Entscheidungen gefaßt.

Der türkische Handelsminister hat beschlos-
sen, daß die Türkei an in diesem Jahre in Wien,
Brüssel und Lausanne stattfindenden Aus-
stellungen teilnehmen wird.

Die Verhandlungen zwischen dem Handels-
ministerium und ausländischen Gewerbetreibern
zur Gründung einer Papierfabrik gehen weiter.

Der Handelsminister erklärte, die Regierung
werde benutzigen ausländischen Kapitalien, die
nicht Wertgegenstände politischer Ziele seien, alle
Erleichterungen gewähren und in vollem Umfang
sich bei solchen Unternehmungen betätigen.

25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Herber.
8. Fortsetzung. Heftausgabe verboten.

Aber seine Heißheit verließ ihn nicht.
Ernst und fester, wie es dem besonderen
Gang gekamte, schrieb er mit der wiederge-
kämpften Schleiße neben Frau Mathilde her.
In seinem Schilde grünte hohe Gedanken-
losigkeit. Er sprengte die fast den Kopf
— nicht fiel ihm ein. Dazu kamen die Vor-
würfe aber seine eigene Dummheit. Warum
hatte er „Freida Wilhelmine“ nicht hundert
Stunden von hier ins Grab geschickt? Aber
dann hätte er ja nicht hätte als vertrauten
der Winter da erdormen können. Wozu über-
haupt diese ganze lächerliche Komödie? Wenn
sie am Ende doch die Katzen züchtelt?
Doch in seiner Epitheterei lag Stolz und
sein Schwindelroman hatte einen gewissen
Charakter. Ihn reizten Schwierigkeiten.
Und der Heil übertrag sich auf das Hirn.
Und das Hirn begann zu arbeiten — fän-
gig Schritt vor der anderen Mauer.

Er blieb stehen und legte die Hand sanft
auf Mathildens Arm.

„Rein! Es geht nicht.“

Sie schaute ihn groß an.

„Heute nicht, Frau Mathilde! Morgen
— heute nicht! Ich muß es hier erst allein
sagen. Ihre gute Seele würde um die
Acht kommen, wenn ich nicht erst allein mit
Ihr drücke.“

Er sah — noch von dem Schreden vorher
— an angegriffen aus, daß sein Argwohn
dagegen aufkam. Der Mann war ja so voll
von Tugenden, daß man jede Minute auf eine
neue Gefahrt hin mußte. Man würde ihm
wirklich hundert munde davon abgenommen
müssen. Denn einen heiligen wollte man
ja doch nicht heiraten.

„Sie haben recht, lenkte sie ein. „Es ist
besser so. Ich gehen dann auch erst morgen
zu meinem Mann, Herr Müller.“

„Müller“ dankte ihr mit herzlichem Hände-
druck. „Ich mußte, daß Sie mich verstehen.“

„An der Friedhöfstraße wollte er sich be-
schelden zurückziehen. „Ich möchte Sie nicht
vor der Zeit ins Gerede bringen.“

„Gott, war das ein Engel!“

„Sie könnten aber heute nachmittags mit
mir eine Tasse Kaffee trinken! Christkind-
straße 217 — zwei. Dort sieht Sie niemand.“

Sie lachte ganz begnügt dabei.

„Ja! Ja! Wenn ja eine Witwe erst einmal
warm geworden ist, ist sie halt und blieb stehen,
um sie hundert Schritte Vorprung gewinnen
zu lassen.“

„Wie er drei Minuten aus dem Friedhof
trat, lief er rasch in die Hände, der Schen-
maid vom „Letzten Tropfen“.“

Sie hatte den Kopf in den Boden gesteckt
und war atemlos vor sich hingestarrt.

„Ja!“ haunelte sie im Sonnenschein.
„Kommen Sie schon von draußen?“

Er ärgerte nicht länger als für Eins, zwei,
drei. „Rechtlich! Ich komme schon von
draußen. „Ich habe mich herausfinden wollen,
daß mich nicht die Witte fest-“

„Was machst du denn? Wo du, daß dich
ein Rebenbesuch!“ fragte dann Zeit Witzeln.

„Was denken Sie?“ sagte sie erlucht und
ängstlich. „Der Drache! Gerade wie wenn
Sie's gemußt hätte, hat sie mich um Del in die
Stadt geschickt!“

„Schon wieder Dell!“ murmelte er unwill-
kürlich.

Sie verstand das nicht. „Ich habe mit
die Fische aus dem Feld gelassen. „Es ist auch
noch nicht Mittag.“

„Rein, liebe Katzi, es ist noch nicht Mittag.
Aber ich bin mittags zu einem Mann ge-
-

laden, mit dem ich acht Tage verreiben muß.“

Es ist ganz möglich gekommen. Darum
wollte ich dir noch etwas sagen.“

„Ach! Tag!“ murmelte sie entsetzt. „Das
ist aber lang.“

„Selbstverständlich ist es lang. Der Kunde
soll die Geschichte holen! Aber ein paar
Tausend Mark kann man doch nicht hinten
lassen — oder meinst du?“

„Rein! Nein! Der Baron und die paar
Tausend Mark taten's ihr an.“

„Ach! Tage gehen auch herum.“ Er drückte
ihre die Hand. „Braucht bloß wie ich jede
Stunde sechs-tausendmal an deinen Schatz zu
denken. Verpöchtst du mir das?“

„Natürlich verpöchtst du es und schaute
ihm alle zehn Schritte nach, daß sie bald
mit dem Delfzug über einen Scherenscheiter-
gestoßener wäre, der sie einen verdrängen
sahen Wasserbad nannte.“

„Aber sie gab nichts darauf und war doch
sehr glücklich.“

„Wahrscheinlich lagte unterwegs und kriech
schief.“

„Was es doch für Zufälle mit den Weib-
leuten gab! Aber er merkte: Sein Weg lag
auf der Sonnenseite. Es ging immer wieder
alles gut.“

So kam er freudbegnügt und junglich
gelassen zu Bibi, wo nach der Markstube ein
Hilfsbraten und dann ein gewaltiger süßer
Kaffee seiner wartete.

„Wein Vater legte er Ehre ein mit allerlei
tügen Neben aber Kindermarkt, Fleisch-
preise und Viehmarkt. Der Mutter Schmei-
chelte sein artlicher Appetit — und Bibi
kannam del allem, was er sagte und tat, wie
ein plätscherndes Geruch im lebenden
Stoppel.“

Der stämmige Hausvater begann beim
Kaffee, zwischen dem ein guter Familien-

schicksal gerecht wurde, von den Vorzügen des
Gewerbes und der Mächtigkeits der Würdige-
setzung zu sprechen. Er hätte sich, eine
Wichtigkeits gegen das Fütternbild auszu-
drücken. Aber das Rang aus seiner Rede
eine warme Empfehlung der kräftigeren
Töne des Fleischschneiders gegenüber dem mü-
ßigen Geizhals der Musik.

Seine Frau hielt vorzüglich eine wohl-
wollende Witte ein.

Bibi aber bereitete mit freudiger Wort-
fülle das Reich des Klangs und deutete an,
daß ein Kapellmeister von jeder der Traum
ihrer Träume gewesen. Sie verwickelte da-
bei, daß sie noch vor sechs Wochen hart zur
gedrücktem Hiltshofen hingekommen habe.
Aber der junge Hiltshof, der damals gegen-
über in ein möbliertes Zimmer eingezogen
war, hatte nach allerlei schönen Bumperien
in der Kadaverhaft und mehreren nicht be-
zahlten Salamis das Weite gesucht und es
war hinterher ruckbar geworden, daß er nichts
andere als ein verdrängter Schullehrer
gewesen.

Diese trübe Erörterung jagte sie der Musik
in die Arme. Sie verließte, als der Vater
sich nebenan zum Mittagstischlichen Legte und
die Mutter in den Boden gerufen wurde, dem
Gaste so feurig ihre Einbürgerung im Reich
der Töne, daß er sie wiederholt küßte und
dazwischen hinein eine ganz leise und laun-
ke Umwertung wagte, wenn er eine Skaution von
hunderttausend Mark stellen könnte, die
etwas über das Maß seiner Erprobung
hinanzuging, könnte er schon in der nächsten
Woche die Erdester im „Althambacher“
übernehmen, wo der Eigentümer die die
äußerst wertvollen Instrumente eine Eiche-
heit in dieser Höhe verlangte.

(Fortsetzung folgt.)